

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Burchardt, Petra Bierwirth, Hubertus Heil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Hermann, Franziska Eichstädt-Bohlig, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7177 –

Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland

A. Problem

Entwurf einer Modernisierungsstrategie für die deutsche Wasserwirtschaft mit dem Ziel der Schaffung von effizienten, kundenorientierten und wettbewerbsgerechten Dienstleistungsunternehmen, die sich einer nachhaltigen Wasserwirtschaft verpflichtet fühlen; Erhaltung der kommunalen Entscheidungsfreiheit.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/7177 – anzunehmen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Hubertus Heil
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hubertus Heil

I.

Der Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7177 – wurde in der 213. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. Januar an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Innenausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuss für Gesundheit, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Die Antragsteller weisen darauf hin, dass Wasser als elementare natürliche Ressource und unverzichtbare Lebensgrundlage kein handelbares Wirtschaftsgut sei, sondern ein Erbe, das eine sparsame, pflegliche und vorsorgende Bewirtschaftung auch im Interesse nachfolgender Generationen verlangt. Eine weitere Öffnung des Wassermarktes in Richtung auf eine Konkurrenz um Versorgungsgebiete wäre ein Experiment mit ungewissen Folgen im Hinblick sowohl auf Umwelt- und Gesundheitsschutz als auch die Preisentwicklung.

Trotzdem gibt es nach Auffassung der antragstellenden Fraktionen einen Modernisierungsbedarf in der Wasserwirtschaft. Demgemäß soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine Modernisierungsstrategie für die deutsche Wasserwirtschaft zu entwerfen, deren Ziel die Schaffung von effizienten, kundenorientierten und wettbewerbsgerechten Dienstleistungsunternehmen sein soll, die sich einer nachhaltigen Wasserwirtschaft verpflichtet fühlen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft auf nationalen und internationalen Märkten soll gefördert werden, unter anderem durch eine bessere Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten, die Verstärkung der Präsentation der deutschen Wasserwirtschaft in multilateralen Finanzierungseinrichtungen und Organisationen und die Intensivierung der Austauschprogramme.

III.

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner 87. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 123. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit der Fraktionen der FDP und PDS empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlage in seiner 85. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 118. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 127. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 89. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 20. Februar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag anzunehmen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 73. Sitzung am 20. Februar 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/7177 – zu empfehlen.

Berlin, den 20. Februar 2002

Hubertus Heil
Berichterstatler

Rolf Kutzmutz

- (A) Mir zumindest hat noch niemand ein übergeordnetes volkswirtschaftliches Interesse erklären können, das eine Staatssekretärerlaubnis für Eon im Fall **Ruhrgas** rechtfertigen könnte. Aber ich bin lernfähig. Vielleicht bequemt sich ja das Bundeswirtschaftsministerium noch, den Wirtschaftsausschuss des Bundestages aufzuklären, bevor es zu einer Entscheidung kommt.

Die offenbar geplante Brückierung des Kartellamts würde allerdings zu seiner fortdauernden personellen Auszehrung passen. Ich will auch deutlich sagen: Es hat auch nichts mit Geld zu tun. Das Bundeskartellamt erwirtschaftet nicht nur seine Personalkosten, sondern bringt auch etwas für den Haushalt ein. Auch das sollten wir beachten. Mit der Fortdauer der Wildwestmethoden beim Umbau der Energiemärkte scheint man sich abgefunden zu haben. Anders ist die gestern im Ausschuss wieder bekundete Hoffnung der Bundesregierung nicht zu verstehen, nach Barcelona durch die EU einen größtmöglichen Spielraum bei der Gestaltung des **Regulierungsrahmens** zu bekommen.

Einen eigenständigen Regulierer will man nicht, obwohl diese vernünftige Lösung in allen anderen EU-Staaten praktiziert wird. Das Kartellamt darf nicht regulieren, weil dies ein erheblicher Bruch gegenüber seinen eigentlichen Aufgaben wäre. Das Wirtschaftsministerium sollte nicht regulieren, weil es nach allen Erfahrungen ein höchst parteiischer Schiedsrichter wäre. Bleibt also tatsächlich nur, Bonner Personal aus dem Wirtschaftsministerium ins Kartellamt zu versetzen

(Beifall der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

- (B) und unter dessen Dach eine von der Wettbewerbsüberwachung getrennte unabhängige Regulierungsstruktur aufzubauen. Das ist eine Idee, mit der inzwischen auch Minister Müller schwanger geht. Dafür bietet der FDP-Antrag einen plausiblen Ansatz.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS sowie der Abg. Gudrun Kopp [FDP])

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie auf Drucksache 14/8134 zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Bundeskartellamt personell stärken“.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/5575 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ursula Burchardt, Petra Bierwirth, Hubertus Heil, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Hermann,

Franziska Eichstädt-Bohlig, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (C)

Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland

– Drucksachen 14/7177, 14/8564 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Hubertus Heil

Ich eröffne die Aussprache. Alle Reden, mit Ausnahme der Vertreterin der PDS, sind zu Protokoll gegeben.¹⁾ Ich erteile der Kollegin Dr. Bärbel Grygier das Wort.

Bärbel Grygier (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Wasser hier vorne am Redepult und das Wasser überhaupt verdienen heute Abend vielleicht noch drei Minuten Aufmerksamkeit, denn morgen ist **Weltwassertag**.

(Zuruf von der CDU/CSU: Es regnet schon!)

Ich denke, mit dem vorliegenden Antrag der Koalition sowie mit der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes, über die morgen beraten werden soll, ist dieser Weltwassertag ein guter für dieses Land oder könnte es zumindest sein.

(Beifall bei der PDS)

Dass dieser Antrag eine sehr schwere Geburt hatte, wissen die Kollegen der SPD sicher besser als ich, denn hinter der Kulissen haben sehr viele gespielt, gezerrt, gezogen und geschoben. An dieser Diskussion war auch das **Netzwerk „Unser Wasser“** – eine sehr rührige NGO, bestehend aus Umweltverbänden, Gewerkschaften und Kirchen – beteiligt. Uns gegenüber stand wieder einmal die Wirtschaft mit ihrem Minister, der das Motto vertritt: Liberalisierung um jeden Preis. Wir müssen feststellen: Niemand kann derzeit daran vorbei, dass sich die Bundesrepublik mit ihren überwiegend dezentralen und auch kommunalen Strukturen flächendeckend durch eine sehr hohe **Versorgungssicherheit** und eine außerordentliche gute **Trinkwasserqualität** auszeichnet. Diese hält im Übrigen allen internationalen Vergleichen stand, auch im Hinblick auf das **Preis-Leistungs-Verhältnis**.

(Beifall bei der PDS)

Ich bin auch froh darüber, dass in der Diskussion der § 103 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erhalten geblieben ist und somit die Ausnahmen zugunsten **geschlossener Versorgungsgebiete** weiter bestehen bleiben.

Der Koalitionsantrag erkennt nunmehr an, dass der Wettbewerb am Markt keine günstigeren Preise erzielen und auch die Verbraucher- und Verbraucherinnensicherheit nicht weiter verstärken kann. Der Antrag stellt sich auch endlich hinter das **Gutachten des Umweltbundesamtes**, das die Risiken einer Liberalisierung des Wassermarktes für Verbraucher und Umwelt nachgewiesen hat.

(Walter Hirche [FDP]: Sie glauben doch wohl nicht jedem Amt!)

¹⁾ Anlage 3

Bärbel Grygier

- (A) – Manchmal glaube ich schon einem Amt. Ich habe damit einige Jahre Erfahrung.

(Beifall bei der PDS – Walter Hirche [FDP]:
Ach so! Deswegen! – Eckart von Klaeden
[CDU/CSU]: Mit allen Wassern gewaschen!)

Skeptisch betrachten wir allerdings das Bemühen der **umsatzsteuerlichen Gleichstellung** der Wasser- mit der Abwasserversorgung in diesem Antrag. Aus unserer Sicht wäre dies ein Türöffner zu einer leichteren Privatisierung.

Die Forderung zur Förderung der **Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Bereich** lehnen wir ab. Denn profitieren würden ausschließlich die ganz Großen wie Eon – das wurde eben bereits erwähnt –, RWE und Co., aber leider nicht der kleine niedersächsische Wasserverband.

(Walter Hirche [FDP]: Die Verbraucher würden profitieren! Darum geht es!)

Ich meine schon, dass die Großen ihre Expansionen selber bezahlen sollten. Denn sie streichen auch enorme Gewinne ein.

(Beifall bei der PDS)

Schon jetzt verdienen sie im Wasserbereich unverschämt. Ich bezeichne das deswegen als unverschämt, weil das Wassergeschäft selbst nach RWE-Schätzungen in den Jahren 2001/2002 nur einen Umsatzanteil von 3 Prozent ausmachen, aber mit 20 Prozent zum Betriebsergebnis beitragen wird. Ich meine, dass es sich lohnt, noch einmal darüber zu reden. Diese Zahlen sprechen für sich.

- (B) Wir empfehlen allen Kommunen – ich sage dies auch aus der Sicht der Kommunalpolitikerin, die ich bis vor vier Wochen war –, sich dreimal zu überlegen, ob sie ihre Wassersparte wirklich in private Hände legen sollen.

(Beifall bei der PDS)

Wir halten ansonsten das klare Bekenntnis zu einer kommunalen und modernen Wasserversorgung sowie gegen eine Liberalisierung und Privatisierung für zentrale Punkte in diesem Antrag. Wir unterstützen ihn nicht nur, sondern werden dem Antrag genauso wie der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der PDS – Walter Hirche [FDP]:
Dass Sie gegen Liberalisierung sind, erstaunt hier gar keinen!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin Grygier, das war Ihre erste Rede im Bundestag. Ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses.

(Beifall)

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie auf Drucksache 14/8564 zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Nachhaltige Wasserwirtschaft in Deutschland“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/7177 anzunehmen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt

dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU/CSU angenommen. (C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von Biozid-Produkten (**Biozidgesetz**)

– Drucksachen 14/7007, 14/7922 –

(Erste Beratung 198. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

– Drucksachen 14/8508, 14/8577 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Dr. Carola Reimann

Franz Obermeier

Winfried Hermann

Marita Sehn

Eva Bulling-Schröter

Ich eröffne die Aussprache. Alle Reden sind zu Protokoll gegeben. Deswegen schließe ich die Aussprache.¹⁾

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Biozidgesetzes, Drucksachen 14/7007, 14/7922, 14/8577 und 14/8508. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt unter Ziffer I seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP in zweiter Beratung angenommen. (D)

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Die Gegenprobe! – Der Gesetzentwurf ist gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP angenommen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfiehlt unter Ziffer II seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 14/8508 die Annahme einer Entschließung. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Die Gegenprobe! – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)

¹⁾ Anlage 4